

## Ist das Ende nah?

Wie geht die russische Führung mit dem Problem 2024 um?

Autor: Hans-Henning Schröder\*

Stand: November 2020

Am 17.11.2020 verabschiedete die Staatsduma in Moskau in erster Lesung ein Gesetz, das dem russischen Präsidenten nach Ablauf seiner Amtszeit Immunität und Schutz vor Strafverfolgung gewährte. Damit setzte das russische Parlament die Bestimmungen des Artikels 92 der neuen Redaktion der Verfassung um, die am 1.7.2020 in einer Volksabstimmung beschlossen worden war. Die Debatte in der Duma – Abgeordnete der KPRF und der Liberaldemokraten äußerten sich kritisch – rührte an eine Frage, die die politischen Beobachter seit einiger Zeit beschäftigt: die nach dem Fortbestand der Machtordnung nach 2024, dem Jahr, in dem die vierte Amtszeit Präsident Putins ausläuft.

Die Ordnung, die sich seit 1999 herausgebildet hat, basiert auf der Akzeptanz des Präsidenten durch die Bevölkerungsmehrheit. Folgt man den Umfragen, dann gab es zwischen 2000 und 2020 in Russland keinen einzigen politischen Akteur, der auch nur annähernd so viel Vertrauen genoss wie Vladimir Putin. In einer Gesellschaft, die durch starke soziale Unterschiede geprägt ist, ist seine Person der einzige Garant für die Akzeptanz der politischen Ordnung durch die Bürger. Dies hat Putin über Jahre hinweg gewährleistet. Seine andere wichtige Aufgabe ist die Vermittlung zwischen den Elitengruppen. Die innere Stabilität wurde in den Putin-Jahren auch deshalb gewahrt, weil es dem Präsidenten gelungen ist, die Konflikte innerhalb des Elitenkartells, das mit ihm verbunden ist, erfolgreich zu moderieren. Die Auseinandersetzungen im Führungszirkel haben zu keinem Zeitpunkt in die Gesellschaft hineingewirkt. Beides – die Organisation von gesellschaftlicher Akzeptanz für die Machtordnung und die Moderation von Elitenkonflikten – sind die zentralen Aufgaben des Präsidenten, die dieser in den vergangenen Jahren gut gelöst hat.

Sollte sich der Präsident zurückziehen, so stellt sich die Frage, wer dessen Rolle übernehmen kann, und – wenn sich niemand findet – wie man die politische Ordnung so gestalten kann, dass der Zusammenhalt der Eliten gesichert ist, und die Mehrheit der Bevölkerung die politische Führung weiter akzeptiert. Eine plausible Antwort auf diese Frage gibt es bisher nicht.

---

Zitierweise: Schröder, H.-H., Ist das Ende nah? O/L-2-2020,  
[https://www.ostinstitut.de/documents/Schröder\\_Ist\\_das\\_Ende\\_nah\\_OL\\_2\\_2020.pdf](https://www.ostinstitut.de/documents/Schröder_Ist_das_Ende_nah_OL_2_2020.pdf).

\* Prof. Dr. Hans-Henning Schröder, Ostinstitut Wismar.

Schröder – Ist das Ende nah? Ost/Letter-2-2020 (Dezember 2020)

Allerdings hat die russische Führung eine Reihe von Schritten unternommen, die im Kontext des 2024-Problems interpretiert werden können. Das erste ist die Verabschiedung einer neuen Redaktion der Verfassung. Diese enthält eine Reihe relevanter Bestimmungen, deren wichtigste wohl die „Annullierung“ ist, die Putins bisherige vier Amtszeiten ‚auf Null setzt‘, so dass der Präsident 2024 neuerlich antreten könnte. Damit wäre das Problem der Nachfolge zumindest aufgeschoben. Allerdings sieht der neue Text auch die Immunität des Präsidenten nach seiner Amtszeit vor: das wäre eine Garantie für Putins persönliche Sicherheit, sollte er 2024 nicht wieder antreten – oder sich vorher vom Amt zurückziehen. Insofern sichert die Verfassung beide Möglichkeiten ab – sowohl Putins erneute Kandidatur, als auch seinen Rücktritt.

Der neue Text der Verfassung erweitert die Rechte des Parlaments bei der Ernennung von Ministern, bewahrt aber die Vorrechte des Präsidenten bei der Ernennung und Absetzung der „Machtminister“. Diese (Verteidigungsminister, Innenminister, Chefs der „Dienste“ und Justizminister) ernannt der Präsident nach Konsultation mit dem Föderationsrat – die Duma ist von einer Beteiligung ausgeschlossen.

Eine Aufwertung erfuhr der Staatsrat, den Putin im Jahre 2000 als beratendes Gremium eingeführt hatte, und der nun zu einem Staatsorgan wird, das rechtlich verbindliche Beschlüsse treffen kann. Ein Gesetz über den Staatsrat ist in Vorbereitung. Beobachter nehmen an, dass der Staatsrat, dem Vertreter aus Duma, Föderationsrat und den Regionen angehören sollen, als politisches Koordinationsorgan wirken könnte, das auch strategische Entscheidungen trifft. Allerdings ist hier vieles noch im Ungewissen: allein die Praxis wird erweisen, ob der Staatsrat in Zukunft eine größere Rolle spielen wird als sein Vorgänger.

Indes ist auch die Regierung neu aufgestellt worden. Der im Januar 2020 eingesetzte neue Ministerpräsident, Michail Mišustin, hat das Kabinett umgestaltet und eine Reihe neuer Fachminister berufen, die nun erstmals von der Duma bestätigt werden mussten. Indes hat der Präsident seine Praxis fortgeführt, Führungspositionen in den Regionen immer wieder neu zu besetzen. Das sichert die Abhängigkeit der Gouverneure vom Zentrum und stärkt die „Machtvertikale“ d.h. die administrative und politische Kontrolle der Kommunen und Regionen durch das präsidentiale Zentrum. Allerdings hat eine solche Neubesetzung in Chabarovsk zu anhaltenden Demonstrationen für den alten Gouverneur geführt. Das signalisiert, dass in Teilen der Bevölkerung die Magie Putins, die die Akzeptanz des Machtsystems sichert, schwächer geworden ist.

Betrachtet man die Verfassungsreform einerseits und die Personalpolitik des letzten Jahres andererseits, dann entsteht nicht der Eindruck, dass die Führungseliten eine klare Vorstellung haben, wie man mit einer Situation umgehen könnte, in der Putin nicht mehr zur Verfügung steht. Eine wirkliche Systemreform scheint nicht möglich, solange dieser im Amt ist. Ein Nachfolger, der seine Rolle übernehmen könnte, müsste von Putin akzeptiert, mit den Elitengruppen abgestimmt und dann für die Öffentlichkeit aufgebaut werden. Ein solches Vorgehen ist im Moment nicht erkennbar.

Vielmehr setzen offenbar viele Beobachter darauf, dass Putin 2024 wieder antreten wird. Das würde das Problem, wie sich Elitengruppen und Gesellschaft mit dem Machtzentrum arrangieren sollen, allerdings nicht lösen, sondern nur in die Zukunft verschieben.

©Ostinstitut Wismar, 2020  
Alle Rechte vorbehalten  
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:  
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,  
Dimitri Olejnik,  
Dr. Hans-Joachim Schramm  
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar  
Philipp-Müller-Straße 14  
23966 Wismar  
Tel +49 3841 753 75 17  
Fax +49 3841 753 71 31  
office@ostinstitut.de  
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751